



Pressemitteilung

BDP unterstützt Resolution zur Sicherung der psychosozialen Versorgung in Akutkrankenhäusern

Berlin, 26.09.2023: Als Reaktion auf das im Juli 2023 vom Bundesgesundheitsministerium veröffentlichte Eckpunktepapier zur Krankenhausreform fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft Psychosoziale Versorgung im Akutkrankenhaus (BAG-PVA) in einer Resolution die Aufnahme und damit Sicherung und Stärkung der psychosozialen Versorgung in die Vorhaldebudgets und Leistungsgruppen von Akutkrankenhäusern sowie auch die erforderliche qualitätsgerechte Standortvorhaltung des psychosozialen Fachpersonals. Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) unterstützt diese Forderung ausdrücklich.

Die immer komplexer werdende, hochtechnisierte und -strukturierte medizinische Versorgung in unseren Krankenhäusern ist für immer mehr und schwerst erkrankte Menschen ohne eine umfassende psychosoziale Begleitung und Behandlung nicht mehr zeitgemäß.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die notwendigen Ökonomisierungsprozesse im Gesundheitswesen nicht zu Lasten einer notwendigen und effektiven psychosozialen Unterstützung von Patient*innen erfolgt und sich die medizinische Versorgung an den individuellen Bedürfnissen von Patient*innen orientiert.

Schwere und chronische körperliche Erkrankungen sind mit hohen psychischen Belastungen verbunden. Werden sie nicht frühzeitig fachgerecht identifiziert, können sie durch vermeidbare Folgeerkrankungen, Chronifizierungen oder andauernde Arbeitsunfähigkeit zu hohen Folgekosten für das Gesundheitssystem führen. Eine frühzeitige Unterstützung fördert den Genesungsprozess und befähigt Patient*innen neue Bewältigungsstrategien zu entwickeln.

Akutkrankenhäuser brauchen neben qualifizierten Fachkräften wie beispielsweise psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut*innen vor allem auch fachpsychologisches Personal wie Neuropsycholog*innen, Psychoonkolog*innen oder Notfallpsycholog*innen, die gemäß den Anforderungen nationaler und internationaler Leitlinien Beratung und Behandlungen anbieten. Diese Stellen müssen langfristig angelegt, fest integriert und sicher finanziert sein.

Die Resolution der Mitgliederverbände der BAG-PVA ist in den letzten Tagen den politischen Entscheidungsträgern im Bundesgesundheitsministerium, den Gesundheitsausschüssen des Bundestages und Bundesrates, wichtigen Bundestagsabgeordneten sowie der Deutschen Krankenhausgesellschaft, den Verbänden der Gemeinsamen Selbstverwaltung, den Landeskrankenhausesellschaften und den Spitzenverbänden der Krankenhausträger zugegangen.

Ansprechpartner

Bettina Genée

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Fon: +49176 58868222

Mail: presse@bdp-verband.de